

Einleitung: Demokratie morgen

ULRIKE DAVY UND MANUELA LENZEN

Alle Macht geht vom Volke aus. Aber
wo geht sie hin?

BERTOLT BRECHT

Demokratie ist eine Selbstverständlichkeit – mit dieser Überzeugung ist die Nachkriegsgeneration in Deutschland aufgewachsen. Doch heute tritt neben die weitestgehend geteilte Grundüberzeugung, dass es zur Demokratie keine Alternative gibt, die Sorge, dass die Demokratie den Herausforderungen der Gegenwart nicht gewachsen sein könnte. In weiten Kreisen, gerade der politisch Interessierten, herrscht spätestens seit der Bankenkrise Verunsicherung: Verunsicherung über die Macht nicht gewählter Institutionen wie der Ratingagenturen, Verunsicherung über die Rolle von Spekulanten, die an den Kapitalmärkten auf den Untergang von Volkswirtschaften wetten, Verunsicherung über die Folgen der anhaltenden Krise, die Staaten jegliche Spielräume in der Gestaltung ihrer Haushaltspolitik zu nehmen scheint und eine ganze Generation junger Menschen zu einer verlorenen Generation erklärt. Und es herrscht Verunsicherung über die Kompetenz der Politiker und Politikerinnen: Können sie mit diesen Herausforderungen umgehen?

Doch „die Krise“ ist nur die mehr oder weniger greifbare Spitze von Prozessen, die die Erosion der Demokratie und der Politik insgesamt befürchten lassen und für die Schlagworte wie Globalisierung und

die Macht des Marktes stehen. Demokratie, so die historische Erfahrung, insbesondere in Deutschland und Europa, benötigt einen gewissen Zusammenhalt und eine Gesellschaft, in der keine allzu tiefen ökonomischen Gräben klaffen. Eine Rette-sich-wer-kann-Mentalität, in der alle Ideale gesellschaftlicher Solidarität und des Zusammenhalts aufgekündigt sind, können ihr nicht förderlich sein. Der globale Markt, vor allem der globale Finanzmarkt, treibt die Politik zu Handlungen, für die die Öffentlichkeit wenig Verständnis hat. Für die Rettung „des Systems“ stehen große Summen zur Verfügung; gleichzeitig werden Schwimmbäder, Bibliotheken und Kinderspielplätze geschlossen. Müssen sich Gesellschaften um jeden Preis der Logik ökonomischer Verwertbarkeit unterwerfen? Müssen Gesellschaften mit ihren Gesetzen und Institutionen vor allem darauf zielen, den Markt nicht zu behindern? Muss Demokratie marktfähig sein? Warum die „Großen“ retten, die „Kleinen“ aber nicht, obwohl ihre Rettung finanziell günstiger ist? Sind die komplexen Prozesse der global verflochtenen Ökonomien noch steuerbar? Und sind sie auf demokratische Weise steuerbar? Der Kern des demokratischen Unternehmens, das Abwägen, die Suche nach dem Kompromiss, der Respekt für die Interessen der Minderheit, ihre rechtsstaatlichen Prinzipien, machen die Demokratie umständlich und behäbig. Ist die Demokratie den Anforderungen der globalisierten Welt und der globalisierten Märkte gewachsen?

Der französische Politikwissenschaftler Jean-Marie Guéhenno hat schon 1993 das „Ende der Demokratie“ angekündigt.¹ Demokratie sei im Aufklärungszeitalter geboren und fest an nationalstaatliche Souveränität geknüpft; unter den globalen Einflüssen werde sie sich auflösen. Und nach Colin Crouchs These vom Eintritt ins postdemokratische Zeitalter wird es den großen transnationalen Wirtschaftskonzernen und ihren Lobbyisten zunehmend besser gelingen, den Einfluss auf die wichtigsten politischen Entscheidungen der westlichen Demokratie zu monopolisieren.² Die Demokratie werde die Unterstützung durch die

1 Guéhenno 1993.

2 Crouch 2005.

Gesellschaft verlieren und sich zu einer Elitenveranstaltung gegen zentrale Interessen vor allem der sozial Benachteiligten entwickeln.

Spätestens seit dem Ende des demokratischen Sozialismus in den späten 1980er Jahren ist die Demokratie der „Exportschlager“ der westlichen Welt. Sie trat – in unterschiedlichen Formen – ihren Siegeszug erst innerhalb Europas an, in Griechenland, Spanien und Portugal, dann in den südamerikanischen Ländern, und, nachdem die Herausforderung durch den demokratischen Sozialismus weggefallen war, im früheren sowjetischen Machtbereich. Auch in Afrika, der Arabischen Welt und in Asien tritt (zumindest auf dem Papier) die Wertschätzung der liberalen Demokratie mehr und mehr an die Stelle des Vertrauens in die staatliche Planbarkeit und Machbarkeit von Entwicklung und Fortschritt. Nie zuvor in der Geschichte haben sich mehr Staaten zur Parteien-Demokratie bekannt, etwa vor den Menschenrechtsorganen der Vereinten Nationen, bei denen „rule of law“, „good governance“ oder Bekenntnisse zu Anti-Korruption gerne gehört werden. Das Demokratieverständnis, das die neuen Demokratien zum Ausdruck bringen, ist freilich ein marktbezogenes: Die Vision von einer Entwicklung hin zur Demokratie geht Hand in Hand mit der Vision eines freien Marktes, der wenig „sozial“ gehegt ist. Die Verbreitung dieses speziellen Verständnisses von Demokratie hat gewiss auch äußere Anlässe. Oft sind Kredite der Weltbank eben nicht anders zu bekommen. Das selbe gilt für die Wertschätzung in der Staatenwelt. *Demokratie zählt*. Doch das Verhältnis zwischen Demokratie und Markt ist keineswegs spannungsfrei. Das ist die jüngere Erfahrung gerade auch der westlichen Welt. Globalisierte Märkte sind eine Gefahr selbst für traditionsreiche Demokratien. Wird der Exportschlager Demokratie mit der ökonomischen Vorherrschaft demokratischer Staaten untergehen? Oder werden Scheindemokratien bestehen bleiben, die verdecken, dass die wichtigen Entscheidungen an ganz anderer Stelle getroffen werden?

Auf der einen Seite also steht die Überzeugung von der Unverzichtbarkeit der Demokratie, auf der anderen die Sorge um ihren Zustand und ihre Zukunftsfähigkeit. Könnte die Demokratie angesichts der Konstellationen der Gegenwart und Zukunft grundsätzlich überfor-

dert sein? Oder kann der vielfältigen gegenwärtigen Verunsicherung durch eine Reform und Weiterentwicklung der Demokratie begegnet werden? Bis zum Beweis des Gegenteils – davon sind die Autorinnen und Autoren dieses Bandes überzeugt – lohnt es sich, es mit der zweiten Alternative zu versuchen. Wie also könnte eine Demokratie aussehen, die den Herausforderungen der Gegenwart gewachsen ist?

Ein großer Teil der Kritik an den bestehenden Demokratien bezieht sich auf die Möglichkeiten von demokratischer Partizipation und demokratischer Deliberation. Partizipation steht für die Teilhabe am politischen Geschehen, für die in der repräsentativen Demokratie vor allem das Wählen von Repräsentanten vorgesehen ist. Diese Form der Beteiligung empfinden Menschen immer häufiger als unzureichend. Doch während Wahlanalysten landauf landab die unterschiedlichsten Gründe für geringe Wahlbeteiligungen ausmachen, allen voran den Verlust des Vertrauens in die Politik, die Politiker und Politikerinnen, entstehen andererseits neue Formen des bürgerlichen Engagements, und nicht selten des Protests, von lokalen Bürgerinitiativen bis hin zu weltweiten Protestbewegungen wie *Attac* oder *Occupy*. Während das Interesse an Wahlen und das Engagement in politischen Parteien sinkt, wächst das Interesse an neuen Formen von Mitbestimmung und Mitgestaltung. Wie sollen Partizipation und Repräsentation aussehen, wenn zwischen Repräsentanten und Repräsentierten Misstrauen herrscht, wenn die Bürger und Bürgerinnen sich von den politischen Angelegenheiten abwenden?

Deliberation steht für die Art, wie in parlamentarischen Demokratien Entscheidungen getroffen, wie Probleme diskutiert, Lösungen erwogen und beschlossen werden. Auch die gängigen Formen der Deliberation empfinden viele Menschen als unbefriedigend: Wie oft tritt ein Kuhhandel hinter verschlossenen Türen an die Stelle transparenter öffentlicher Abwägung der besseren Argumente? Welche Möglichkeiten haben die Bürger, gegen Wirtschaftslobbyisten und die Herrschaft von Expertenkommissionen, die die Parlamentsarbeit ersetzen, politisch tätig zu werden? Welche Interessen und Meinungen werden im Parlament letztlich berücksichtigt? Welche werden ausgeschlossen und

aus welchen Gründen? Oder auch: Was ist die Bedeutung von Parlamenten im regionalen oder globalen Kontext und wie können sich Einzelne „transnational“ Gehör und Einfluss verschaffen? Hans Kelsen hat die Vorstellung, repräsentative Demokratien könnten den Willen des Volkes abbilden, bereits im Jahr 1920 als Fiktion bezeichnet, und zwar als eine Fiktion, die wohl eine gewisse Wirklichkeitsnähe aufweisen, aber ebenso zur Farce verkommen könne.³ Sind wir dabei, die Grenze zur Farce zu überschreiten?

Renommierter Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Politik fragen auf den folgenden Seiten in fünf Beiträgen nach der ungebrochenen Anziehungskraft der Idee der Demokratie und nach den Bedingungen ihrer Realisierbarkeit. Sie analysieren den gegenwärtigen Zustand der Demokratie und ihre Entwicklungsmöglichkeiten und fragen nach neuen Perspektiven, die sich durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben. Einig sind sie sich darin: Die vielbeschworene Krise der Demokratie spricht nicht *gegen* die Demokratie, sondern *dafür*, sie zu verteidigen und zu verbessern, damit sie in der globalisierten Welt eine überzeugende Rolle spielen kann.

Wenn sechzig Prozent dafür sind und vierzig Prozent dagegen, ist die Entscheidung auf den ersten Blick eindeutig demokratisch. Aber ein Gemeinwesen, in dem immer die Mehrheit entscheidet und nie der Konsens, wird dennoch nicht lange bestehen, erklärt **Julian Nida-Rümelin**, ehemaliger Kulturstatsminister und Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. In seinem Beitrag identifiziert er drei Quellen der Demokratie: Aus der Philosophie kämen erstens die Ideen der Autarkie, der Universalität der Menschenwürde und der Rationalität der Aufklärung. Die Konfessionskriege hätten Mitteleuropa zweitens gelehrt, existentielle Toleranz zu suchen und Konflikte ohne Krieg auszutragen. Die Entkolonisierung hätte schließlich drittens klar gemacht, dass Demokratie und Menschenrechte nicht nur etwas für Europa sind. Demokratie kann nur gelingen, wenn wir bereit sind, die Rolle des *citoyen* anzunehmen, so Nida-

3 Kelsen 1920.

Rümelin, also die Rolle dessen, der sich auch um die Belange der Allgemeinheit kümmert. Der *bourgeois*, der nur das eigene Interesse im Auge hat, werde die Demokratie als „Form sittlicher Praxis“ auf Dauer zerstören.

Horst Dreier, Professor für Rechtsphilosophie, Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Würzburg, zeigt, dass die Möglichkeiten für politische Partizipation, die das Grundgesetz vorsieht, noch lange nicht ausgeschöpft sind. Direkte Demokratie ist im Grundgesetz keineswegs ausgeschlossen, so Dreier, sie hat nur auf Bundesebene, anders als etwa in Bayern, bislang keine akzeptierte Form gefunden. Dreier widerspricht häufig geäußerten Bedenken gegenüber der direkten Demokratie mit Blick auf positive Erfahrungen in verschiedenen Ländern: Weder führten Formen der direkten Demokratie dazu, dass sich Minderheiten mit radikalen Ansichten durchsetzen, noch würden auf diesem Wege unvernünftige und nicht finanzierbare Forderungen durchgesetzt. Diesseits überzogener Befürchtungen, aber auch überzogener Idealisierungen und Verklärungen könnten Elemente direkter Demokratie mit Gewinn neben die parlamentarische Demokratie treten, so Dreier.

Hauke Brunkhorst, Professor für Soziologie an der Universität Flensburg, warnt davor, das Politische hinter den Markt zurückzustellen. Das neoliberale Programm passe besser zur Globalisierung der Märkte als keynesianische, sozialdemokratische oder gar real-sozialistische Konzepte, so Brunkhorst. Das neoliberale Programm mache die Börsenkurse zum Maß aller Dinge. Es sei auf der Ebene der Europäischen Union stark geworden, weil sich Vertreter des Neoliberalismus und des Ordoliberalismus entschieden hätten, die Arbeit an den Vereinigten Staaten von Europa zurückzufahren und die politische Regulierung auf der Ebene der Nationalstaaten zu belassen. So könne die Politik der zunehmenden Verflechtung internationaler Konzerne nichts entgegensetzen, aus dem *state embedded market* sei ein *market embedded state* geworden. Politische Teilhabe und Auseinandersetzung werde von Europa-Gipfel zu Europa-Gipfel verschoben und in Talkshows erstickt. Die zunehmende Macht des europäischen Parlaments werde

dagegen kaum wahrgenommen und schon gar nicht ausgespielt, so Brunkhorsts paradoxes Fazit: Europa ist demokratisch, es merkt nur niemand.

Ganz neue Möglichkeiten politischer Teilhabe entstehen mit der Nutzung digitaler Medien. **Volker Wulf**, Professor für Wirtschaftsinformatik und Neue Medien an der Universität Siegen, analysiert gemeinsam mit der Soziologin **Marén Schorch** (Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld) anhand einer empirischen Studie zu den revolutionären Prozessen im Kontext des Arabischen Frühlings die Rolle der neuen sozialen Medien und ihre Verwendungsweisen und Wirkmechanismen in demokratischen Bewegungen. Ihr Ergebnis: Werden die offiziellen Medien zensiert, lassen mobile Kommunikationsgeräte einen interaktiven Kommunikationsraum zwischen Individual- und Massenkommunikation entstehen, der hilft politische Betätigung zu organisieren. „Merci Facebook!“ hieß es nicht von ungefähr in den Straßen Tunesiens.

Ob das politische System der Bundesrepublik bei den Bürgern und Bürgerinnen noch verankert ist, wurde schon ausgiebig diskutiert, so **Burkhard Hirsch**, ehemaliger Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen und Vizepräsident Bundestages. Lange sei dies ein „Glasperlenspiel“ gewesen, doch je mehr Entscheidungen auf Institutionen abgewälzt werden, die keiner gewählt habe, und je weniger Menschen die ihnen offenstehenden Möglichkeiten, sich an der Politik zu beteiligen, nutzen, desto ernster werde die Lage. Die politische Klasse, Regierung wie Opposition, nehme es hin, ihre Basis zu verlieren, doch die Loslösung der Politik von den Bürgern und Bürgerinnen sei kein Zukunftsmodell, so Hirsch. Im Einzelnen identifiziert Hirsch drei Quellen der Unsicherheit über die demokratischen Institutionen: die Angst der Bürger und Bürgerinnen vor der Freiheit (vor allem davor, unzureichend vor Kriminalität geschützt zu werden), die Angst der Politik vor der direkten Demokratie sowie die Angst der Politiker und Politikerinnen vor dem Verlust der Macht. Demokratie sei heute die Selbstorganisation der Gesellschaft, nicht mehr die Selbstbehauptung der Gesellschaft gegen einen autoritären Staat, so Hirsch. Wer die Regierungs-

verantwortung übernehme, müsse darauf achten, dass der Gegensatz zwischen Regierung und Gesellschaft nicht neu entstehe, es dürfe nicht vergessen werden, dass die Minderheit ebenso zum Staat gehöre wie die Mehrheit. Wer die Demokratie erhalten wolle, müsse das Parlament revitalisieren, den Einfluss der Wähler und Wählerinnen stärken und den Mut haben, plebiszitäre Entscheidungen zu integrieren, so Hirsch.

Demokratie, so eine Schlussfolgerung des Bandes, kann nur funktionieren, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sich angesprochen und verantwortlich fühlt. Es geht um den Willen der Bürger und Bürgerinnen zum Engagement, aber auch um die Fähigkeit der Politik, mit diesem Willen umzugehen. Demokratie kann nur funktionieren, wenn es überzeugende Möglichkeiten politischer Teilhabe und nachvollziehbare Prozesse demokratischer Abwägung gibt. Die Zukunft der Demokratie hängt davon ab, diese erneut und immer wieder zu entwickeln.

Der vorliegende Band ist aus einer Konferenz mit dem Titel „Hat Demokratie eine Zukunft?“ hervorgegangen, die Anfang des Jahres 2012 am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld (ZiF) stattgefunden hat. Wir freuen uns, dass die Vortragenden der ZiF-Konferenz bereit waren, ihre Vorträge so rasch zu verschriftlichen und mit Enthusiasmus die Idee einer gemeinsamen Publikation unterstützten. Philippe Blanchard und Véronique Zanetti (beide Universität Bielefeld) haben die Planung der Konferenz fachkundig und liebevoll unterstützt und mitbestimmt. Dafür danken wir ihnen ganz herzlich. Wir freuen uns, dass wir die Beiträge nun einem größeren Publikum vorlegen können. Mögen sie das Ringen um Demokratie inspirieren!

LITERATUR

Crouch, Colin (2005): *Post-Democracy*, Cambridge: Polity Press.

Guéhenno, Jean-Marie (1993): *La fin de la démocratie*, Paris: Flammarion.

Kelsen, Hans (1920): *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, 1. Aufl., Tübingen: J. C. B. Mohr.

